

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

---

**Sitzungsdatum:** Mittwoch, den 28.09.2016  
**Beginn:** 19:05 Uhr  
**Ende:** 21:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,  
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Herr Jens Timm

**Freie Wähler**

Frau Heike Christmann  
Herr Dipl.-Ing. Jürgen Herrmann  
Herr Otto Höger  
Herr Joachim Karcher  
Herr Roni Lörch  
Herr Karl-Heinz Ried  
Herr Oliver Walch

**CDU**

Herr Reinhard Dummler  
Frau Ingeborg Haese-Sandner  
Herr Peter Kiesinger  
Herr Roland Rädle  
Herr Norbert Ried  
Herr Dr. Martin Rupp  
Frau Dr. Karla Schelp  
Herr Günter Sing

**SPD**

Herr Reinhard Haas  
Herr Walter Hoffer  
Herr Edgar Huck  
Frau Cornelia Nürnberg  
Herr Klaus Steigerwald

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Heike Günther  
Herr Uwe Rohrer  
Herr Andreas Hartmann (ab Top 3.3)

**Ortsvorsteher**

Herr Hans-Gerhard Kleiner

**Protokollführer**

Herr Hans-Dieter Stößer

**von der Verwaltung**

Frau Petra Goldschmidt

Herr Benedikt Kleiner  
Herr Ronald Knackfuß  
Herr Dr. Klaus Rösch  
Herr Joachim Guthmann

Abwesend:

**Freie Wähler**

Frau Hielta Schlifkowitz (entschuldigt)

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Tasso Mund (entschuldigt)

Frau Dr. Susanna Vollmer (entschuldigt)

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Änderungen der Zusammensetzung des Gemeinderates der Gemeinde Karlsbad**  
Vorlage: 10/0260/2016
- 3.1 **Feststellung über Grund des Ausscheidens von Gemeinderat Tasso Mund**
- 3.2 **Feststellung über evtl. Hinderungsgründe**
- 3.3 **Verpflichtung des Ersatzbewerbers Herr Andreas Hartmann für den ausscheidenden Herr Tasso Mund**
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über den Bewirtschaftungsplan für die Forstwirtschaftsjahre 2017/2018 und Bericht über den vorläufigen Vollzug des Forstwirtschaftsjahr 2015**  
Vorlage: 20/0235/2016
- 5 **Beratung und Beschlussfassung zum Wege- und Gewässerplan Flurbereinigung Karlsbad-Mutschelbach (A8)**  
Vorlage: 20/0236/2016
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über den 1. Nachtrags Haushaltsplan 2016 der Gemeinde Karlsbad**  
Vorlage: 20/0234/2016
- 7 **Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand im Zuge des § 2 b UstG. Abgabe der Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 Satz 3 UstG.**  
Vorlage: 20/0261/2016

- 8 **Beratung und Beschlussfassung über die Festlegung des Verkaufspreises gemeindeeigener Grundstücke im Baugebiet "Hornisgrindestraße", Spielberg**  
Vorlage: 20/0237/2016
- 9 **Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe des Jahresvertrags Tiefbauunterhaltung der Gemeinde Karlsbad**  
Vorlage: 60/0258/2016
- 10 **Zustimmung zur Auftragsvergabe der Tiefbauarbeiten zur Erschließung des Baugebiets "Hornisgrindestraße" in Karlsbad-Spielberg**  
Vorlage: 60/0246/2016
- 11 **Beratung und Beschlussfassung über die 2. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften "Langensteinbach-Süd" in Karlsbad-Langensteinbach (im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB)**
  - a) Fassen des Aufstellungsbeschlusses
  - b) Billigung der PlanungVorlage: 60/0242/2016
- 12 **Beratung und Beschlussfassung über die 2. Änderung des Bebauungsplans "Unterhalb der Hohlpass" in Karlsbad-Langensteinbach**
  1. Abwägung und Entscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen
  2. Fassen des SatzungsbeschlussesVorlage: 60/0214/2016
- 13 **Beratung und Beschlussempfehlung über den Bau einer neuen Aussegnungshalle bzw. die weitere Nutzung des Luthersaales in Karlsbad-Langensteinbach**  
Vorlage: 60/0262/2016
- 14 **Genehmigung von Protokollen**
- 15 **Verschiedenes**
- 16 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 20.09.2016 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 23 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 22.09.2016 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland ,Haas Reinhard, Rohrer Uwe

## **zu 1 Bekanntgaben**

Der Vorsitzende informiert, dass der beschließende Ausschuss in Sachen Gemeinschaftsschule nach öffentlicher und beschränkter Ausschreibung folgende Vergaben getätigt hat: Abbruch und Rohbauarbeiten an Firma Pfirrmann über 705.092,21 Euro, Aufzugsanlagen Firma Zeitvogel 32.026,23 Euro, Fenster- und Sonnenschutzarbeiten Firma Schmidt 421.628,90 Euro, Dachabdichtungsarbeiten Firma Gerber 126.234,01 Euro, Elektroarbeiten Firma Voigt 327.989,69 Euro sowie Brandmeldeanlage Firma Siemens 36.300,38 Euro. Zwei Ausschreibungen seien aufgehoben worden wegen zu hohen Preisen. Die Problematik sei bei den erneuten Ausschreibungen nicht mehr aufgetreten. Mitte Oktober sei der Spatenstich zu der Gemeinschaftsschule vorgesehen.

## **zu 2 Fragen der Gemeinderäte**

GR Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) fragt, ob die Gemeinderatsgremien in Sachen TTIP / CETA eingebunden sind. Der Vorsitzende sagt, dass Karlsbad selbst hier nicht Stellung nimmt, sondern der Gemeindetag für alle Gemeinden in Baden-Württemberg.

## **zu 3 Änderungen der Zusammensetzung des Gemeinderates der Gemeinde Karlsbad Vorlage: 10/0260/2016**

### **zu 3.1 Feststellung über Grund des Ausscheidens von Gemeinderat Tasso Mund**

Der Vorsitzende erläutert, dass H. Mund in einem Brief vom 13. September wegen Studium im Ausland Hinderungsgründe geltend gemacht hat und um Ausscheiden aus dem Gremium gebeten hat. Nach § 16 Absatz II der Gemeindeordnung entscheide der Gemeinderat hierüber. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) informiert, dass Herr Mund bereits im Ausland studiere.

Die Damen und Herren Mitglieder des Gemeinderates werden gebeten, die von Herrn Gemeinderat Tasso Mund benannten Hinderungsgründe und das Ausscheiden aus dem Gemeinderat festzustellen.  
einstimmig beschlossen

### **zu 3.2 Feststellung über evtl. Hinderungsgründe**

Der Vorsitzende erläutert, dass die Verwaltung keine Hinderungsgründe festgestellt habe und die Ausschüsse bzw. Verbände durch Andreas Hartmann wie folgt nachzubesetzen sind: BPUA: stellvertretendes Mitglied, VwFA: Mitglied, Abwasserverband Mittleres Pfinz- und Bocksachtal: Stellvertreter für Frau Heike Günther. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) bittet darum, die Nachbesetzung 1:1 vorzunehmen.

Die Damen und Herren des Gemeinderates werden gebeten, die Nachbesetzung der Ausschüsse und Verbände wie vorgeschlagen im Wege der Einigung zu besetzen.  
einstimmig beschlossen

### **zu 3.3 Verpflichtung des Ersatzbewerbers Herr Andreas Hartmann für den ausscheidenden Herr Tasso Mund**

Der Vorsitzende begrüßt Andreas Hartmann und sagt, dass er sich auf eine sachliche Zusammenarbeit und Diskussion freue. Andreas Hartmann nimmt die Wahl an und gibt das Gelöbnis per Handschlag ab.

### **zu 4 Beratung und Beschlussfassung über den Bewirtschaftungsplan für die Forstwirtschaftsjahre 2017/2018 und Bericht über den vorläufigen Vollzug des Forstwirtschaftsjahr 2015 Vorlage: 20/0235/2016**

Forstdirektor Thomas Rupp, Leiter des Forstbereiches Süd im Landratsamt erläutert zusammen mit den Revierleitern Martin Mußgnug und Josef Mayer die Vorlage.

Unter dem Strich zähle die Ökologie und Naherholung mehr für den Karlsbader Wald als möglichst hohe Holzverkaufserlöse zu erwirtschaften. Unter dieser kommunalen Zielvorgabe bewirtschaftet der Forst die Waldflächen in Karlsbad.

Thomas Rupp stellt den Vollzug des Wirtschaftsplanes 2015 sowie den Wirtschaftsplan 2017 und 2018 dar.

Die wesentlichsten Aussagen hierzu:

#### Holzernte

Insgesamt werden im Gemeindewald in den zu Ende gehenden Doppelhaushaltsjahren jährlich rund 5.300 Festmeter eingeschlagen. Davon entfallen insgesamt 700 Festmeter – 7% - auf zwangsweise Nutzungen. Neben dem Eschentriebsterben, das vorrangig jüngere Bäume befällt, sind derzeit folgende Waldgefährdungen zu beobachten: Die Folgen des Trockensommers 2015 und die Trockenheit im August / September diesen Jahres zeigen sich an absterbenden Altannen beim Jakobsbrunnen und dem ortsweise auffälligen verfrühten Laubfall an den Buchen. Der starke Fruchtbehang bedeutet für die vorgeschädigten Buchen eine zusätzliche Belastung. Der im letzten Jahr gegenüber den Vorjahren stärkere Borkenkäferbefall an den Fichten wurde durch das nasse Frühjahr wieder etwas gebremst. Wie sich die starke Trockenheit der letzten beiden Monate auswirken wird, bleibt abzuwarten. Die Holzpreise haben seit dem letzten Berichtszeitraum etwas nachgegeben, so dass bei einem durchschnittlichen Erlös je Festmeter Einschlag in Höhe von rund 56,-- € insgesamt wohl 590.000,-- Holzgeld bei der Gemeindekasse verbucht werden können. Das Defizit wird sich voraussichtlich auf jährlich 125.000,-- € oder 120 % des Plans erhöhen. Einen wesentlichen Anteil daran haben neben den Mehraufwendungen bei der Unterhaltung der Waldwege und der gesetzlich vorgeschriebene Verkehrssicherung auch die gestiegenen Lohnkosten.

#### Brennholz

Das Brennholzangebot war auch in den letzten beiden Jahren ausreichend. Insgesamt wurden jährlich ca. 1000 Festmeter Polter-Holz abgegeben und 235 Schlagraumkunden bedient.

#### Jungbestände und Kulturen

Es wurden im Jahr 2016 1.600 Pflanzen zur Vervollständigung der Kulturen und Naturverjüngungen ausgebracht. In 2015 wurde glücklicherweise auf Anpflanzungen verzichtet, weil die Flächen im Frühjahr nicht rechtzeitig von den Schlagraumselbstwerbern abgeräumt worden waren. Dies war im Nachhinein ein glücklicher Umstand, da 2015 mit einem extrem trockenen Sommer wahrscheinlich zu größeren Ausfällen geführt hätte. Das Zurückdrängen der

Begleitflora, die die jungen Waldbäume bedrängt, war auf einer Fläche von 7,5 ha erforderlich. Jungbestände wurden auf 37 Hektar gepflegt.

#### Waldwege

Aufgrund der Vorgabe des Gemeinderates wurde die Wegpflege auf das unabdingbar erforderliche Mindestmaß beschränkt. Hauptsächlich wurden Hochwasserschäden durch Starkregenereignisse beseitigt. Unumgängliche Mehrarbeiten führten zu höheren Ausgaben von rund 10.000 Euro bei der Waldwegeunterhaltung.

#### Erholungseinrichtungen

Die im Gemeindewald vorhandenen 120 Sitzbänke wurden im Sommer mehrfach ausgemäht sowie beschädigte oder verwitterte Latten ausgetauscht. Beim Waldkulturpfad wurden vor dem 15-jährigen Jubiläum die Wächterfiguren am Eingang des „Erzählplatzes“ und beim „Adlerhorst“ erneuert, da diese am Boden abgefault waren. Auch die Holzskulptur anlässlich der 40-Jahre-Karlsbad-Feier vor der Talblickhalle in Auerbach wurde frisch gestrichen.

#### Verkehrssicherung

Verkehrssicherungsmaßnahmen entlang den im Karlsbader Wald reichlich vorhandenen Straßen und Bahnlinien und Erholungseinrichtungen sind eine Daueraufgabe, welche den Forsthaushalt mit jährlich 30.000,-- € belasten.

#### Forststützpunkt

Im vergangenen Winter konnte der vom Landkreis auf dem ehemaligen Deponiegelände angemietete Forststützpunkt bezogen und beim Waldbegang am 30. Mai offiziell seiner Bestimmung übergeben werden. Für die Mitarbeiter bedeutet dies eine deutliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Provisorium in der Enzstraße. Dadurch konnte auch die angemietete Schleppgarage aufgegeben und alle Maschinen an einem Ort konzentriert werden. Neben der Einhaltung der Arbeitsstättenverordnung ist die Zeitersparnis bei der Arbeitsorganisation und den Rüstzeiten nicht unerheblich.

#### Sonstiges

Die Zahl der Anfragen nach Praktikumsplätzen von Schülern nimmt zu. Allein im vergangenen Jahr konnten wir vier jungen Menschen Einblick in die Zusammenhänge der Waldwirtschaft gewähren. Zudem wurde das Gymnasium bei einer Umfrage und bei Projektarbeiten zum Thema Wald unterstützt.

#### Plan 2017/18

Es wird ein jährlicher Einschlag in Höhe von rund 5.200 Festmetern vorgeschlagen. Es sollen rund 3.000 Pflanzen gesetzt, 5 Hektar Kulturen und 25 Hektar Jungbestände gepflegt werden. Die Forstverwaltung erwartet entsprechend dem beiliegenden und mit der Gemeinde abgestimmten Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 ein Defizit in Höhe von 150.000.-- € und für 2018 ein Defizit in Höhe von 155.000.-- € .

#### Brennholz

Der Preis für das an den Waldwegen bereitgestellte Polterholz sollte trotz der gesunkenen Preise für alternative Heizstoffe auf 56,-- €/fm belassen werden.

#### Forsteinrichtung

In diesem Jahr wurde zur Vorbereitung der Forsteinrichtung eine Bestandsinventur durchgeführt, bei der im Gemeindewald unter anderem Holzvorrat, Baumartenverteilung, Zuwachs und Schäden aufgenommen wurden. Zudem ist der Gemeinderat aufgefordert, die Ziele der Waldbewirtschaftung zu aktualisieren. Der Forst schlägt vor, Eigentümerziele für den Forst zu beschließen um dem Forst eine Arbeitsvorgabe für die Waldpflege und den Waldbau an die Hand zu geben. So soll unter dem obersten Gesichtspunkt Nachhaltigkeit der Wald u.a. naturnah bewirtschaftet, Waldökosysteme geschützt, die Artenvielfalt gefördert und die Sozial-, Produktions- sowie Haushaltsfunktion erhalten werden.

#### Diskussion im Gemeinderat

Querbeet gibt es Lob von den Fraktionen. „Wir stellen die Schutz- und Erholungsfunktion unseres Waldes ganz oben an, allerdings möglichst ohne die Holzproduktion zu vernachlässigen“, meint GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler). GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) sieht den enormen ökologischen Wert des Waldes. Es sei schwierig für den Forst, bei den unterschiedlichen Zielvorgaben immer den richtigen Weg zu finden. Von einem nicht bezahlbaren Gegenwert der Arbeit des Forstes spricht GR Roland Rädle (CDU). Dem stimmt auch GR Reinhard Haas (SPD) zu. Auf Nachfrage erläutert Rupp, dass man versuche, die Wald-ränder so ökologisch wie möglich zu pflegen, allerdings sei es nicht möglich, sie völlig natur-nah zu gestalten.

#### Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Wirtschaftsplan für die Jahre 2017 und 2018 für den Gemeindewald Karlsbad zu.
2. Den vorläufigen Vollzug des Wirtschaftsplanes 2015 nimmt der Gemeinderat zur Kenntnis.
3. Der jährliche Einschlag wird auf 5.200 Festmeter festgelegt.
4. Der Preis für Polterholz verbleibt bei 56€/fm.  
einstimmig beschlossen

#### **zu 5      Beratung und Beschlussfassung zum Wege- und Gewässerplan Flurbereinigung Karlsbad-Mutschelbach (A8) Vorlage: 20/0236/2016**

Der leitende Ingenieur Jürgen Pilz informiert über das Projekt Flurneueordnung Mutschelbach. Mit dem Verfahren werden die Flächen für den A-8-Ausbau bereitgestellt und der daraus resultierende Landverlust auf einen größeren Kreis von Eigentümern verteilt. Die oftmals kleinen und ungünstig geformten Grundstücke werden neu geordnet. Alle Grundstücke werden erschlossen und das landwirtschaftliche Wegenetz modernisiert. Gleichzeitig wird die Wasserproblematik verbessert und die Kulturlandschaft nachhaltig gesichert.

#### Was ist bisher unter anderem geschehen?

Im März 2009 wurde das Flurbereinigungsverfahren angeordnet und der Wege- und Gewässerplan wird seit 2011 aufgestellt. Die Baumaßnahmen begleitet das Regierungspräsidium. Der Gemeinderat solle jetzt den Ausbaustandard festlegen und über die vorgeschlagene Linienführung der Wege sowie die geplanten Pflegemaßnahmen abstimmen.

#### Wie geht es weiter?

Bis Jahresende soll der Plan dann festgestellt und genehmigt werden – einschließlich der Finanzierung. Anfang 2017 ist eine Informationsveranstaltung geplant, bevor der Ausbau im Zeitraum von 2017 bis 2019 laufen kann. Die Wege werden in das Eigentum der Gemeinde überführt. Hier sei mit durchschnittlich 3.000 Euro Unterhaltungskosten pro Jahr zu rechnen.

#### Was wird gemacht?

Ein wichtiges Ziel sei, das teilweise zu schmale, nicht tragfähigen und im schlechten Zustand befindlichen Wegenetz so zu verbessern, dass die Flächen gut bewirtschaftet werden können. Die Wege sollen multifunktionale genutzt werden können. Außerdem sollen die Wassermassen bei Starkregenereignissen geregelter geführt werden. Bisher fließt das Wasser einfach über die Wege, ein Grabensystem gibt es nicht. „Die Wege sind kaputt und zu

schmal.“ Graben zur Entwässerung sind ein wesentlicher Punkt. „Dadurch wird das Wasser länger in den Wiesen gehalten.“ Die Hochwassergefahr werde deutlich abnehmen.

#### Kostenseite

Von den 2,8 Millionen Euro Gesamtkosten für die Flurneuordnung übernimmt der Bund 1,6 Millionen Euro. Ein Zuschusssatz von 78 Prozent reduziert durch Mittel von Bund, Land und EU den Betrag weiter auf 266 000 Euro Eigenleistung. Die Gemeinde erklärt sich – so der Vorsitzende - bereit, als freiwilligen Beitrag 226 000 Euro zu übernehmen. Es bleiben also dann noch rund 39 000, die unter insgesamt 600 privaten Grundstückseigentümern aufgeteilt werden.

GR Roland Rädle (CDU) will wissen, ob die Gefahr durch Hochwasser im Bocksbach entschärft sei. Man könne, so Pilz, nicht alles verhindern, jedoch seien etliche Maßnahmen umgesetzt worden, die helfen sollen (u.a. Gitter, Rückhaltebecken, Maßnahmen im Wald). Ortsvorsteher Roni Lörch (Freie Wähler) weist nochmals auf die gefährliche Hochwasserproblematik im Ort hin. Der Vorsitzende meint, dass die weiteren Entscheidungen auch von den kommenden Haushaltsberatungen abhängig seien.

#### Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

3. Die Gemeinde verpflichtet sich, die im Entwurf des Plans nach § 41 FlurbG ausgewiesenen landschaftspflegerischen Anlagen, entsprechend des von der Flurneuordnung aufgestellten zugehörigen Pflegeplanes, im Interesse einer nachhaltigen Sicherung zu pflegen einstimmig beschlossen

### **zu 6            Beratung und Beschlussfassung über den 1. Nachtragshaushaltsplan 2016 der Gemeinde Karlsbad** **Vorlage: 20/0234/2016**

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt erläutert, dass die Rechtsaufsichtsbehörde die bereits beschlossene Nachtragssatzung hinsichtlich formeller Punkte (Vorzeichen und eines Summenfehlers) beanstandet habe. Durch einen erneuten Beschluss sollen die zwei formellen Punkte nun korrigiert werden.

#### Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt die 1. Nachtragssatzung in der 2. Fassung (gemäß Anlage) mit Nachtragshaushaltsplan 2016 der Gemeinde Karlsbad mit einem Mehrbedarf von 1.920.484,00 €. einstimmig beschlossen

### **zu 7            Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand im Zuge des § 2 b UstG. Abgabe der Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 Satz 3 UstG.** **Vorlage: 20/0261/2016**

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt erläutert die Sachlage anhand der Vorlage. Mit Wirkung ab 01.01.2017 sei die Umsatzbesteuerung juristischer Personen des öffentlichen Rechts neu konzipiert und an geltendes europäisches Recht angepasst worden. Der bisher maßgebliche § 2 Abs. 3 UStG wurde daher ersatzlos gestrichen, an seine Stelle tritt der neue § 2b UStG. Die bisherigen Vorschriften knüpften die umsatzsteuerliche Unternehmer-

eigenschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts im Wesentlichen daran, dass ein Betrieb gewerblicher Art (BgA) im Sinne des § 4 Körperschaftssteuergesetz vorliegt. Der Gemeinderat Baden-Württemberg empfehle den Gemeinden schon aufgrund des engen zeitlichen Horizonts und der Fülle an Aufgaben die zu erledigen sind, vorerst die Optionserklärung gegenüber dem Finanzamt abzugeben. Im Dialog mit den anderen Gemeinden, sei auch zu erkennen, dass voraussichtlich alle vorerst die Optionserklärung abgeben werden. Vor diesem Hintergrund empfehle die Verwaltung, auch für die Gemeinde Karlsbad die Optionserklärung abzugeben, um im Jahr 2017 sorgfältig prüfen zu können, ob die Optimierung zum neuen Recht steuerliche Vorteile schaffen könnte oder nicht

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Karlsbad beschließt die Abgabe der Optionserklärung gemäß § 27 Abs. 22 Satz 3 UStG neue Fassung gegenüber dem Finanzamt. Demnach kommt für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung zur Anwendung.  
einstimmig beschlossen

**zu 8            Beratung und Beschlussfassung über die Festlegung des Verkaufspreises gemeindeeigener Grundstücke im Baugebiet "Hornisgrindestraße", Spielberg**  
**Vorlage: 20/0237/2016**

Der Vorsitzende erläutert, dass das Baugebiet große Fortschritte mache und die Nachfrage enorm sei. Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt erläutert, dass für die vier Reihenhäuserplätze 45 Bewerbungen vorlägen. GR Martin Rupp (CDU) spricht sich dafür aus, den Verkaufspreis zu erhöhen, GR Reinhard Haas (SPD) widerspricht dem. GR Joachim Karcher freut sich darüber, dass es in der Sache endlich vorangeht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt die Festlegung des Baulandpreises gemeindeeigener Grundstücke im Baugebiet "Hornisgrindestraße" auf 360,00 €/m<sup>2</sup>, zuzüglich 10,00 €/m<sup>2</sup> für den Fördertopf innerörtliche Entwicklung, zusammen also 370,00 €/m<sup>2</sup> Grundstücksfläche.  
einstimmig beschlossen

**zu 9            Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe des Jahresvertrags Tiefbauunterhaltung der Gemeinde Karlsbad**  
**Vorlage: 60/0258/2016**

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß erläutert, dass die Gemeinde die Arbeiten entsprechend der Forderung der Gemeindeprüfungsanstalt wieder ausgeschrieben habe. Die Ausschreibungsergebnisse wiesen eine moderate Steigerung um 3,5 Prozent aus, die Firma Weiler sei am günstigsten.

GR Roland Rädle (CDU) wünscht sich einen Überblick über die großen Maßnahmen – vor allem Wasserrohrbrüche -. Knackfuß sagt, dass die Gemeinde ab einer Summe von 30.000 Euro die Arbeiten öffentlich ausschreibe und die meisten Arbeiten aus dem Vertrag sich zwischen 3.000 und 5.000 Euro bewegten und reine Unterhaltungsmaßnahmen seien.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag des 2-jährigen Kommunalvertrages der Gemeinde Karlsbad über Unterhaltungsmaßnahmen im Tief- und Straßenbau (Vertragszeitraum 01.10.2016–30.09.2018) an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Artur Weiler GmbH & Co. KG, Karlsruhe-Stupferich, mit einem Aufgebot von 3,5 % zu erteilen. \_ einstimmig beschlossen

**zu 10      Zustimmung zur Auftragsvergabe der Tiefbauarbeiten zur Erschließung des Baugebiets "Hornisgrindestraße" in Karlsbad-Spielberg  
Vorlage: 60/0246/2016**

Joachim Guthmann – Bauverwaltung - hält Sachvortrag und informiert, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass die Erschließungsmaßnahmen Anfang bis Mitte November starten und Anfang 2017 abgeschlossen werden könnten. Dann sei der Zeitpunkt erreicht für den Baubeginn der Bauherren.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle der Auftragserteilung durch Pro Kommuna an den günstigsten Bieter, die Fa. Engel, Pforzheim zu einem Angebotspreis von 156.000 € netto, zustimmen. einstimmig beschlossen

**zu 11      Beratung und Beschlussfassung über die 2. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften "Langensteinbach-Süd" in Karlsbad-Langensteinbach (im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB)  
a) Fassen des Aufstellungsbeschlusses  
b) Billigung der Planung  
Vorlage: 60/0242/2016**

Joachim Guthmann – Bauverwaltung – hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Das SRH Klinikum Karlsbad Langensteinbach beabsichtige auf dem Klinikgelände (Grundstück Flst.-Nr. 8172), das bestehende Gebäude der Psychiatrie durch einen funktionalen Neubau zu ersetzen. Die Hochbauplanung dafür liege vor. Im Zuge der Bearbeitung für den Teilbereich I wurde ein bereits eingeleitetes Verfahren aus dem Jahr 2001 für den Bereich des unmittelbar angrenzenden Grundstücks der LaHö aufgegriffen und soll nun gemeinsam mit dem Planbereich I zum Abschluss gebracht werden. Für diesen Planungsbereich soll gemäß damaligen Beschlüssen des Gemeinderats die Geschossigkeit von IV auf V Vollgeschosse angehoben und die zulässige Gesamtgebäudehöhe von ursprünglich 323,50m üNN auf nunmehr 325,00m üNN festgesetzt werden.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) bittet darum, dafür zu sorgen, dass ausreichend Parkplätze erstellt werden. Der Vorsitzende nimmt die Anregung auf.

Antrag an den Gemeinderat:

- a) Der Gemeinderat wolle den Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Langensteinbach-Süd“ fassen.
- b) Der Gemeinderat wolle den Planentwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Langensteinbach-Süd“ billigen und die Offenlage sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange beschließen.

einstimmig beschlossen

**zu 12 Beratung und Beschlussfassung über die 2. Änderung des Bebauungsplans "Unterhalb der Hohlgass" in Karlsbad-Langensteinbach**  
**1. Abwägung und Entscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen**  
**2. Fassen des Satzungsbeschlusses**  
**Vorlage: 60/0214/2016**

Joachim Guthmann – Bauverwaltung – hält Sachvortrag. Es handle sich um einen Altbereich in Langensteinbach und die Verwaltung habe Bedarf gesehen, hier nachzuarbeiten. Die Änderungen seien nicht von großem Umfang. Ziel des Bebauungsplanes sei es, auf der Ostseite der Friedrich-Speidel-Straße sowie auf der Ostseite der oberhalb liegenden Martin-Luther-Straße die baulichen Rahmenbedingungen der dort bereits seit Jahrzehnten bebauten Grundstücke zu verbessern und ungleiche, heute nicht mehr nachvollziehbare, Festsetzungen zu regulieren. Die Besitzer könnten dann beispielsweise ihre Gebäude auf zwei Geschosse aufstocken und so mehr Wohnraum schaffen.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle über die eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Abwägungsvorlage entscheiden und die 2. Änderung des Bebauungsplans „Unterhalb der Hohlgass“ als Satzung beschließen.  
einstimmig beschlossen

**zu 13 Beratung und Beschlussempfehlung über den Bau einer neuen Aussegunghalle bzw. die weitere Nutzung des Luthersaales in Karlsbad-Langensteinbach**  
**Vorlage: 60/0262/2016**

Der Vorsitzende führt ausführlich in die Thematik ein und Ortsbaumeister Ronald Knackfuß ergänzt mit fachlichen Informationen.

Man habe das Thema im Bau- Planungs- und Umweltausschuss beraten und dort sei man tendenziell für einen Neubau, habe dies jedoch nicht grundsätzlich dem Gemeinderat so empfohlen. Der Ortschaftsrat habe sich im Vorfeld ebenfalls für einen Neubau entschieden. Dieser könne innerhalb des Friedhofs mit den notwendigen Nebenräumen wie Kühlzellen oder Waschraum erstellt werden. Es gelte nunmehr, frei über das schon seit langer Zeit kontrovers diskutierte Thema zu sprechen und einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Als Alternativen kämen ein Neubau auf dem Friedhofsgelände oder eine Sanierung des Luthersaals in Frage. Wenn das vorhandene Gebäude weiter genutzt werden soll, dürfe man es nicht verfallen lassen. Die Entscheidung habe Tragweite auf Sicht von 50 bis 70 Jahren und zähle somit zu den Zukunftsaufgaben der Gemeinde. „Wir brauchen eine Lösung anhand der Bedürfnisse der Bevölkerung“, so der Vorsitzende. Die Grundsatzentscheidung sei unabhängig von den finanziellen Fragen zu sehen. Hier müsse die Gemeinde entscheiden, welche Aufgaben sie in welchem Umfang anpacken könne. Bei der Abwägung der Finanzen sei zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben zu unterscheiden. Der Gemeinderat habe 2007 beschlossen, den Luthersaal nur in einfachster Weise zu sanieren. Im Doppelhaushalt 2015/2016 seien 450.000 Euro eingestellt. Die Verwaltung habe durch ein Fachbüro Grunddaten für beide Varianten (Bauzustandsbewertung Luthersaal und Kostenrahmen eines möglichen Neubaus) erarbeiten lassen.

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß stellt hieraus Zahlen vor: Der Bau sei statisch und substanzuell sanierungsfähig. Die Kosten der Sanierung des Luthersaales mit Einbau von Kühl-

zellen und den weiteren Nebenräumen würden sich auf rund 410 000 Euro belaufen. Man müsse unter anderem die Rückfassade und Technik erneuern sowie neue Funktionen einbauen, das Flachdach sei durchnässt und es gebe Feuchteschäden vor allem im Anbaubereich; erneuert werden müssten ferner auch die Sanitärbereiche und Elektrik. Da das Gebäude nicht der Versammlungsstättenverordnung unterliege, seien die Aufwendungen auch geringer. Weiterhin müsste die vorhandene – unter Denkmalschutz stehende - Friedhofskapelle saniert werden. Hier sei mit ca. 40.000 Euro Kosten zu rechnen. Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen somit auf 450.000 Euro.

Für eine neue Aussegnungshalle auf dem Friedhof mit Nebenräumen und gleichen Nutzflächenzahlen wie der Luthersaal sollte man mit rund 1,3 Millionen Euro kalkulieren. Hinzu kämen noch Kosten für Einrichtung und Ausstattung. Bei einem Abriss und Verkauf des Grundstückes vom Luthersaal könne die Gemeinde mit Einnahmen von ca. 300 000 Euro rechnen.

GRin und Ortsvorsteherin Heike Günther (Grüne) sagt, dass der Ortschaftsrat einen Neubau bevorzuge. Langfristig wögen die Argumente hierfür stärker als für eine Sanierung. Diese bringe Kostenrisiken auch hinsichtlich der Folgekosten und es fehlten dann immer noch bauliche Einrichtungen für die Bestatter. Außerdem habe man im Vergleich zu einem Neubau längere Wegezeiten. Ein zentraler Neubau im Friedhofsbereich mit allen notwendigen Nebenräumen sei kompakt und könne nach den aktuellen Bedürfnissen gestaltet werden, es reichten beispielsweise 100 bis 150 Sitzplätze aus. Dies wirke sich auch kostenmindernd auf die geschätzten 1,3 Millionen Euro Bausumme aus. GR Otto Höger (Freie Wähler) signalisiert für die Fraktion Zustimmung. Dem schließt sich auch GR Reinhard Haas (SPD) an. Eine nicht einheitliche Meinung habe die CDU-Fraktion, so GR Roland Rädle. Er persönlich sehe Vorteile eines Neubaus gegenüber der Sanierung. Dieser sei bereits vor Jahren planerisch berücksichtigt worden. GR Martin Rupp (CDU) meint, dass der Luthersaal funktionsfähig und sanierbar sei. Er sieht in der Sanierung gegenüber einem Neubau Vorteile durch Kosteneinsparungen. Alle nötigen Funktionen könnten in dem sanierten Luthersaal verwirklicht werden. GR Günter Sing (CDU) kann sich momentan nicht vorstellen, wie und wann man überhaupt Mittel für das Vorhaben bereitstellen könne. Der Luthersaal müsse – wenn man nichts tue – immer dringender saniert werden. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) spricht sich für einen Neubau aus.

Der Vorsitzende sagt, dass zuerst über den weitergehenden Antrag - einen Neubau im Friedhofsbereich grundsätzlich zu befürworten, abgestimmt werden soll und wenn dieser keine Mehrheit erhält, über die Sanierung des Luthersaals.

#### Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung bittet den Gemeinderat um die Grundsatzentscheidung für einen Neubau einer Aussegnungshalle, falls dieser keine Mehrheit erhält, um die Grundsatzentscheidung für die Sanierung des Luthersaals.

mehrheitlich beschlossen Ja 18 Nein 4 Enthaltung 1

## **zu 14 Genehmigung von Protokollen**

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 27.07.2016 wird einstimmig genehmigt.

**zu 15      Verschiedenes**

Der Vorsitzende informiert, dass das Gymnasium derzeit in verschiedenen Klassen Flüchtlinge unterrichtet.

**zu 16      Fragen der Zuhörer**

Ein Zuhörer befürchtet, dass im Bereich unterhalb der Bahnlinie nach der Haltestelle St. Barbara durch Starkregen wieder Hochwassersituationen entstehen könnten. Garten- und Umweltamtsleiter Dr. Klaus Rösch sagt, dass die Gemeinde die vorhandenen Einrichtungen auf Funktion kontrolliere. Der Vorsitzende ergänzt, dass man in Karlsbad insgesamt untersuche, wie sich Starkregenereignisse auswirkten und analysiere, wie darauf zu reagieren sei.

---

gez. Jens Timm  
Vorsitzender

---

gez. Hans-Dieter Stößer  
Protokollführer/in

---

Gemeinderat Jürgen Herrmann  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Reinhard Haas  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Roland Rädle  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Uwe Rohrer  
Urkundsperson